



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 03. April 2012

P120220

09.503 Parlamentarische Initiative. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen: Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der vorgelegte Briefentwurf wird zur Ausfertigung und Weiterleitung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats genehmigt.

Begründung

Mit dem Gesetzesvorentwurf der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK NR) zur Parlamentarischen Initiative "Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen" soll die Emissionsabgabe des Bundes auf Eigenkapital beseitigt werden. Diese Abgabe würde die Attraktivität des schweizerischen Standorts und die Effizienz der schweizerischen Volkswirtschaft beeinträchtigen, ihre Beseitigung würde sich daher positiv auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken. Die von der WAK NR vorgeschlagene Abschaffung der Emissionsabgabe wird grundsätzlich begrüsst. Die dafür angeführten Gründe und Überlegungen zu den Standortzielen und zur Steuereffizienz sind einleuchtend. Der Gesetzesvorentwurf wird daher grundsätzlich befürwortet, jedoch sollten konsequenterweise Massnahmen zur Gegenfinanzierung der mit der Abschaffung der Emissionsabgabe entstehenden Steuerausfälle ergriffen werden, wie dies eine Kommissionsminderheit der WAK zu Recht verlangt. Der Vollzug der Stempelsteuer und die Einnahmen aus der Emissionsabgabe fallen vollständig in die Zuständigkeit des Bundes. Die Kantone sind von der Gesetzesvorlage nicht direkt betroffen.



